POLITISCHE REDE – POLITISCHE KOMMUNIKATION

Prinzipien, Geschichte, Eigenschaften, Funktionen und Vermittlungsweisen von politischen Botschaften

Gliederungspunkte:

1) Prinzipien

2) Historische Aspekte

3) Funktionen und Eigenschaften

4) Argumentation und sprachliche Merkmale

5) Kritik des politischen Sprachgebrauchs

6) Massenmedien und politische Rede

7) Transformation und Inszenierung des Politischen

8) Idealtyp des GUTEN REGIERENS

1. PRINZIPIEN

Mit dem Terminus **Politische Rede** ist eine klassische Redegattung im Rahmen eines bereichsspezifischen Kommunikationsprozesses aufgerufen. Sie wird über unterschiedliche Textsorten realisiert und ist aufzufassen als handlungsanleitende Form des öffentlichen Diskurses.

Folgt man dem Germanisten *Walter Hinderer* und seinem Traktat „Über die deutsche Rede“, dann sind politische Reden das wichtigste Produktionsmittel des öffentlichen Bewußtseins. *Friedrich Nietzsche* kennzeichnet in seiner “Geschichte der griechischen Beredsamkeit“ die politische Rede als das größte Machtmittel *inter pares* - unter Gleichgestellten. Die rhetorische Analyse der persuasiven Potenz, der Überzeugungskraft des politischen Sprachgebrauchs kann sich nicht in der Beschreibung von Textstrukturen und Redefiguren erschöpfen. Sie muß sich auch der parteilichen **Topik** und Architektonik von Politikeräußerungen zuwenden, den zeit- und gesellschaftsabhängigen Wertvorstellungen, Weltbildern und Ideologien, den Slogans, Schlüsselbegriffen und Programmatiken, d.h. dem sozialen Bedeutungsgehalt rhetorischer Formen. Dieser zeigt sich in den Referenzen der Reden und bestimmt die intentionale Kontur der politischen Diskurse. POLITISCHE REDE ist umstrittene und entscheidungsrelevante Zeichenverwendung, mit der historischer Sinn rekonstruiert, aktuelle Ereignishaftigkeit gekennzeichnet und zukünftiger Handlungsraum entworfen wird. Zugleich ist die politische Praxis wesentlich abhängig von ihrer zeichenhaften Darstellung: Die Ablösung oder Sicherung von Herrschaftsformen, die ordnende Gestaltung von gesellschaftlichen Beziehungen, die Funktionsfähigkeit von Institutionen, die Herbeiführung und Umsetzung politischer Entscheidungen sind nicht denkbar ohne Produktion und Rezeption von Texten, d.h. ohne sprachliche Kommunikationsprozesse.

Mit den argumentativ-persuasiven Mitteln der Rede entwerfen Politiker ihren gesellschaftlichen Anspruch und versuchen, mit öffentlichen Texten Mehrheiten zu gewinnen. Ihre Sprachverwendung enthält parteiliche Indikatoren, die es dem Auditorium ermöglichen, Standpunktzuordnungen und -abgrenzungen vorzunehmen. Diese sprachlichen Indikatoren sind Elemente eines ideologischen Zeichensystems. Dessen semantisches Potential macht einen Interpretationshorizont für gesellschaftliche Fragestellungen verfügbar. Potentielle Wähler, Parteigänger und Gegner können sich daran orientieren, sei es an der integrativen Kraft dieser Zeichen, sei es an ihrer oppositiven Qualität.

Der Begriff der Kommunikation setzt politischen Sprachgebrauch in Demokratien als Gespräch, Dialog, Debatte, Diskussion oder Verhandlung im Rahmen einer Entscheidungssituation. Kommunikation zwischen Regierenden und Bürgern ist sowohl sprachliches Bindeglied als auch friedliche Alternative zu repressiven oder aggressiven Mitteln gesellschaftlicher Steuerung.

Demokratie wäre ohne einen solchen sprachlichen Austausch, ohne Debatte und mehrheitliche Abstimmung nicht vorstellbar, nicht funktionsfähig. Dagegen sind **Diktaturen** gerade dadurch gekennzeichnet, daß es in ihnen keine Verhandlung, keinen freiheitlichen öffentlichen Sprachgebrauch, keine parteiliche Gegenrede oder Opposition in institutionalisierter Form gibt. In autoritären Systemen ist politische Rede symbolisch inszenierte Massenlenkung und sprachlicher Legitimationsapparat für Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender. Aus diesen Überlegungen sei ein erstes Resümee gezogen, das die *Prinzipien* zusammenfaßt, die für die rhetorische Analyse demokratischer Rede- und Debattenpraxis gelten:

1. Das Prinzip der situativen Einbindung (Kontextualität)

Politische Rede reflektiert gesellschaftliche Prozesse, Ereignisse und Handlungen auf retrospektive und prospektive Weise. Sie ereignet sich in alltäglichen, organisierten oder institutionellen Zusammenhängen und hat die Bedingungen der Redeorte angemessen zu reflektieren.

2. Das Prinzip der Textualität

Politische Rede zeigt sich topisch orientiert, auf eine spezifische Weise nach informativen und argumentativen Sequenzen gegliedert sowie durch besondere Stilmittel gekennzeichnet. Sie ist zudem ausgewiesen durch Merkmale von Textsorten wie Wahlkampf-, Volks-, Versammlungs- Revolutions- oder Parlamentsreden.

3. Das Prinzip der Aktionalität

Politische Rede ist wesentlich handlungsorientiert im Sinne von Anleitung, Steuerung, Auslösung oder Vermeidung von Praxisformen. Wesentliches Kennzeichen dieser persuasiven Einflußnahme ist die Intention der Gewinnung, Sicherung oder Ablösung von Regierungsmacht, d.h. von politischer Herrschaft.

4. Das Prinzip der Parteilichkeit und Oppositivität

Politische Rede ist in einen situativen und langfristigen dialektischen Diskursprozess eingebunden. Im Mechanismus des Pro-und-Contra werden parteiliche Standpunkte akzentuiert und in die Konkurrenz um Mehrheiten eingebracht. Dies ist der Ort des persuasiven Kernbereichs, der **Argumentatio** oder Beweisführung.

2. Geschichte

Zur Illustration dieser grundsätzlichen rhetorischen Positionen werde ich mich nun einem Exkurs zur Historie der politischen Beredsamkeit zuwenden:

Am Anfang der sprachlich-symbolischen Organisation von gesellschaftlichen Verkehrsformen steht im Orient und Okzident die Geheimwissenschaft priesterlicher Textexegese, mit der Herrschaft mythisch legitimiert wurde, steht das direkte fürstliche Dekret oder die über loyale Beamtenapparate vermittelte politische Handlungsanweisung. Dies ändert sich in der europäischen Gesellschafts- und Kulturgeschichte, als im 5. Jh. v. Chr. die Sizilianer KORAX und TEISIAS anhand von Gerichtsverfahren erste Prinzipien der öffentlichen Rede und Gegenrede entwickeln. Das **genus iudiciale**, die Gerichtsrede, entstand im Zusammenhang mit der Vertreibung von Tyrannen und mit der Durchsetzung bürgerlicher Rechtsansprüche. Hier werden Bedingungen demokratischer Redekultur erstmals greifbar: Es sind die rhetorikexternen Werte der isegoría oder parrhesía, also der Redefreiheit, und der isonomía, also der Rechtsgleichheit - beschränkt auf den freien Besitzbürger. Der sprachliche Streit um öffentliche Angelegenheiten, Lösungsalternativen und Abstimmungsmehrheiten wurde als rhetoriké téchne, als Technik oder Kunst der Rede zunächst von den Sophisten wie GORGIAS oder ISOKRATES theoretisiert und didaktisiert, ehe ARISTOTELES ihr in seiner <Rhetoriké téchne> systematische Konturen gab. In dieser Schrift wird die Rhetorik als politisches Instrumentarium und die Beweisführung als zentrales rednerisches Mittel traditionsbildend entfaltet. Ziel der Beratungsrede ist nicht philosophische Wahrheit (veritas), sondern politisch-parteiliche Meinungsbildung (opinio). Die Funktion der Beratungsrede sieht Aristoteles in der Gesetzgebung, Problemlösung und Handlungsanweisung, ihr Ziel ist die

eudaimonía, die geglückte Lebensführung des Einzelnen, bzw. das koinón symphéron, also das Gemeinwohl. Thematisch wird dies in einer Verbindung von Ethik, Politik und Rhetorik, die ich als die aristotelischen Staatswissenschaften bezeichne. Die Notwendigkeit des genós symbuleutikón, der politischen oder beratenden Rede, ist für ihn begründet in der Beobachtung,

- daß keine dogmatischen oder logischen Lösungen vorhanden sind,
- daß es nur begrenzte gesellschaftliche Ressourcen gibt und
- daß parteiliche Meinungen, persönliche Interessen und öffentliche Koordinierungsnotwendigkeiten in deliberativer Form behandelt werden müssen, wenn agressive Mittel ausgeschlossen sein sollen.

Der rhetorisch geformte politische Diskurs korrespondiert dabei mit seinem gesellschaftlichen Gegenstück, mit der demokratisch verfaßten Polis – konzipiert von SOLON und KLEISTHENES und Archetyp aller republikanischen Lebensformen. Die Rede-, Beratungs- und Entscheidungsfähigkeit des freien Bürgers ist dabei vorausgesetzt. Die attische Agora (wie später das römische Forum, der reichsstädtische Marktplatz und das moderne Parlament) ist der Ort der Institutionalisierung und Durchführung solcher öffentlichen Beratungsreden. Aristoteles schafft mit diesen Kennzeichnungen einen frühen Idealtypus politischer Rede, eine empirisch fundierte Orientierungsgröße für *government by speaking.* Von der Kraft und Macht des öffentlichen Wortes zeugt beispielsweise die politische Karriere des PERIKLES, der auch durch seine Redebegabung von 443 bis 429 v. Chr. Lenker des griechischen Staates war. Vergleichbare rednerische Leistungen vollbrachten römische Senatoren wie CATO oder CICERO. Ihre Ansprachen beeinflußten und gestalteten die Politik des römischen Imperiums oder verhinderten die Macht potentieller Tyrannen. Dies ist etwa der Fall in den Reden, die Cicero, Staatsmann und Philosoph, gegen die politischen

Intrigen Catilinas gehalten hatte. Aber Cicero ist auch aus einem anderen Grunde hervorzuheben: Auch für ihn ist Rhetorik Teil der Staatswissenschaft (civilis scientia) und in praxi Stifterin des Friedens. Er definierte die staatsmännische Redekunst jedoch nicht nur von der sprachlich-rhetorischen Seite her. In seinem Buch <De oratore>, betont er vielmehr, daß ein guter Redner auch ein guter Mensch sein müsse: nach Cato der vir bonus dicendi peritus. Der zentrale Begriff des **vir bonus** hat in allen europäischen Nationalsprachen eine gültige Übersetzung gefunden: In Deutschland spricht man vom ehrenhaften Bürger, in Frankreich gilt der gentilhomme als Vorbild, die englische Sprache kennt den gentleman und im Italien der Renaissance war es der Cortegiano, der vorbildliche Hofmann, der als staatspolitisches Erziehungsziel galt. Damit ist ein bis heute gültiger ethischer Anspruch erhoben, an dem Politiker in Rede und Handlung gemessen werden.

Die griechisch-römische Idee der Redekunst wurde vom christlichen Mittelalter aufgenommen und in eine *rhetorica divina*, in eine göttlich inspirierte Redekunst umgeformt. Manifest wird dies in der *Doctrina Christiana* von **Augustinus**, in der sich ein umfangreiches Kapitel zur Redelehre befindet. Dies ist in Zusammenhang zu sehen mit der Doppelung des Staatsbegriffs durch Augustinus: Er unterschied zwischen einem Gottesstaat und einem weltlichen Staat, zwischen *civitas dei* und *civitas terrena.* Daneben gab es im Mittelalter, nach dem Verfall öffentlich-deliberierender Rede, die Bitt- und Gesandtschaftsreden als diplomatische Textsorten, die päpstlichen Bannsprüche und Dekrete als Texte der Ausgrenzung und des Herrschaftsanspruchs sowie die Herrscherapotheose als Lobrede der Untertanen mit den entsprechenden Devotionsformeln. Reflexionen zur Politik und zum Herrscherhabitus finden sich in sog. mittelalterlichen und frühneuzeitlichen *Fürstenspiegeln* wie dem auf einer hohen ethischen Warte

formulierten *Policraticus* (1159) von JOHN OF SALISBURY oder dem an Macht und Staatsräson orientierten *Il Principe* (1513/1532) von MACHIAVELLI. Diese Werke hatten auch Konsequenzen für den politischen Kommunikationsprozeß.

Die Mischform zwischen politischer Rede und Lobrede wurde vor allem an den Fürstenhöfen der frühen Neuzeit und des Barocks gepflegt. Rhetorische Handbücher kodifizierten die Regeln des sprachlichen Umgangs zwischen Adel und Untertan. Dagegen kam in den Reichsstädten, in Hamburg und Augsburg, in Florenz und Bologna das freie und selbstbewußte Wort des Besitzbürgers in den Ratsversammlungen zum Ausdruck.

Die Dominanz von Herrscherlob und fürstlichem Dekret wurde aufgehoben durch Flugschriften und Forderungslisten der Bauernkriege, durch die großen bürgerlichen Revolutionen in Frankreich und in England sowie die demokratische Revolution in Deutschland im Jahre 1848. Diese Ereignisse sind verbunden mit großen Rednern wie Robespierre, Danton, Marat oder Vergniaud in Frankreich, Pitt, Burke und Fox in England sowie mit Blum, Jakob Grimm, Dahlmann oder Uhland in Deutschland. Revolutionäre Umwälzung und bürgerliche Freiheit schaffen Redefreiheit und Redefreiheit erzeugt große rednerische Leistungen. Dies kann als Bedingungszusammenhang angesehen werden. Gesellschaftliche Veränderungen erzeugen neue Kommunikationsformen (Versammlungen, Aufrufe), neue Textsorten (Flugschriften, Artikel, Programme) und neue politische Begriffe wie "Bürger, Parlament, Opposition, Gesetzmäßigkeit oder Rechts- und Sozialstaat".

Und auch Deutschland hat im 19. Jh. große Redner und Reden hervorgebracht. Zu nennen wären beispielhaft der Dichter GEORG BÜCHNER, der sich in seiner Flugschrift "Friede den Hütten, Krieg den Palästen" mit pathetischen revolutionären und religiös motivierten Worten gegen das Elend der hessischen

Landbevölkerung wandte, oder die Parlamentarier Bebel und Liebknecht von den Sozialdemokraten, Bischof von Ketteler und Reichensperger vom Zentrum, Richter und Hänel von den Liberalen, die im Diskurs mit Bismarck und den Konservativen im deutschen Reichstag demokratische Rede- und Streitkultur etablierten und den Parteibildungsprozeß im 19. Jh. vorantrieben.

Die demokratische Redetradition setzen Männer wie Ebert, Scheidemann, Erzberger, Rathenau und Stresemann im Parlament der 1. deutschen Republik von Weimar in den zwanziger Jahren fort, eine demokratische Beredsamkeit, die sowohl gegen tradierte obrigkeitsstaatliche Sprechweisen als auch gegen den Beginn nationalsozialistischer Massenrhetorik und ihre symbolische Inszenierung gerichtet war.

Die zweite deutsche Republik von 1949, die Bundesrepublik, nimmt die parlamentarische und demokratische Sprachtugend wieder auf, zunächst verbunden mit den Namen Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Carlo Schmid. In der Tradition dieser Staatsmänner stehen sicher Politiker und Redner wie Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker. Sie sind Repräsentanten einer modernen, angemessenen und überzeugsorientierten politischen Beredsamkeit und zugleich integre Bürger. Vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung zeigen sich Formen einer demokratischen und im Volk verankerten Redekultur: gemeint sind die Reden, Kundgebungen, Aufrufe und Predigten im östlichen Teil Deutschlands, die auf friedliche, unblutige Weise die Auflösung eines totalitären Systems ausgelöst und begleitet haben. Die Freiheit der Rede und der Mut der politischen Tat erzeugten ein großes und beispielgebendes historisches Ereignis: "Wir sind das Volk", war eine der zentralen Aussagen auf Plakaten und Fahnen der ehemaligen DDR-Bürger. Sie haben mit dieser semantisch verdichteten Formel politische Identität und

politisches Begehren zum Ausdruck gebracht und zugleich die Formel vom <Arbeiter- und Bauernstaat> abgelöst. Artikuliert ist damit das klassische demokratische Prinzip von der Politik als *res publica*, als öffentliche Sache und Angelegenheit der Staatsbürger.

3. Funktionen und Eigenschaften

Aus der Geschichte der politischen Beredsamkeit und der Redelehre lassen sich grundlegende Eigenschaften und Funktionen der politischen Rede ableiten, die bis heute Gültigkeit besitzen:

Zunächst zu den **Funktionen:** Unterscheiden lassen sich

1. eine **appellative Funktion**, die auf die Disposition von politischen Handlungen gerichtet ist und den aktionalen Charakter politischer Rede zeigt,
2. eine **informative Funktion**, die das Problemlösungspotential des politischen Sprachgebrauchs, seine regulative und normierende Leistung hervorhebt,
3. eine **appraisive Funktion**, in der die personal, sachlich und ideologisch gerichtete Wertung zum Ausdruck kommt, sowie
4. eine **legitimatorische Funktion**, mit der politisches Begehren begründet und konkurrierende Modelle zurückgewiesen werden.

Die funktionale Ausrichtung der politischen Rede auf Handlungen, Werte und Institutionen sind Differenzierungskriterien der grundlegenden **persuasiven Funktion**. Diese wird praktisch in einer spezifischen Sprechsituation oder Redekonstellation, für die sich zwei antithetische Typen annehmen lassen:

1. Die **autoritative Situation**, in der sich politische Rede als Dekret, Befehl oder Verfügung zeigt und Gegenrede oder Abstimmung ausgeschlossen sind und
2. die **kompetitive Situation**, in der die deliberativen Redetexte Anwendung finden und über Mehrheitsbildung Entscheidungen herbeigeführt werden.

Nun zu den Eigenschaften:

Situative Realisierung heißt auch, dem rhetorischen Leitkriterium des äußeren **aptum**, der Angemessenheit zu genügen: Die Rede im Parlament, im Rundfunk und Fernsehen, auf dem Marktplatz, vor einer Gedenktafel oder im festlichen Saal muß die Regulative und Eigenschaften des Ortes reflektieren, denn sie haben Einfluß auf Textsorte, Sprachmaterial und Darstellungsperspektive.

Politische Redner müssen ihr jeweiliges **Publikum** in Rechnung stellen: Die jeweils gewählten Stilmittel, Nähe oder Distanz, Fach- oder Umgangssprache – die Rede soll zeigen, daß der Politiker zu Parteifreunden oder Fachleuten spricht, sich an Wählermassen oder an den parteilichen Gegner wendet, ob er vor Arbeitern oder Industriellen auftritt oder ob er die Jugend oder die Senioren für sich gewinnen will.

Und politische Rede ist abhängig vom anstehenden **Thema:** Die Diskussion über die Kernkraft darf nicht nur einer komplizierten Sachlichkeit folgen, sondern sie muß auch gefühlsmäßige Betroffenheit berücksichtigen. In Krisenzeiten, bei großen gesellschaftlichen Herausforderungen, wird der appellativ-pathetische Ton vorherrschen; sind dagegen verwaltungstechnische, organisatorische oder fachspezifische Probleme zu bewältigen, so wird eher der informativ-sachliche Stil bevorzugt werden.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß in allen Politikeräußerungen immer drei Darstellungsweisen zusammenfließen:

1. Die **Sachdarstellung**, die der parteilichen Analyse von Problemen und Lösungsmöglichkeiten gewidmet ist,
2. Die **Selbstdarstellung**, die der Image-Pflege dient, der Werbung um parteiliche Weltbilder und
3. die **Gegnerdarstellung**, in der mit der Behauptung von der politischen Inkompetenz und der negativen Auslegung von gegnerischen Ideologemen gearbeitet wird.

Eine Politikeräußerung kann also nie allein nach sachlich-inhaltlichen Gesichtspunkten aufgenommen und analysiert werden, sondern es sind immer auch die Aspekte der Aufwertung eigener Leistungen und der Abwertung gegnerischer Positionen mitzubedenken. Politiker sind Personen der Öffentlichkeit, Personen, die sich in einer permanenten Konkurrenzsituation befinden, die abhängig sind von der Zustimmung oder Ablehnung potentieller Wähler. Diese politische Rolle zwingt zur Realisierung dieser dreifachen Perspektive.

Als weitere Eigenschaften der politischen Rede gelten sprachlich-rhetorische Tugenden wie Anstand, Höflichkeit, Rücksichtnahme, Anerkennung und rednerisches Fehlverhalten wie Beleidigung, Beschimpfung, Herabwürdigung oder Mißachtung bilden antagonistische Pole im System der stilistischen Register. Gesammelt und dargestellt sind sie in der rhetorischen Lehre von den virtutes et vitia, von den Tugenden und Lastern. Pejorative Begriffe und Abbreviaturen wie "Faschist" oder "Nazi" (bezogen auf Strauß) oder metaphorische Geminationen wie "Ratten und Schmeißfliegen" (gemünzt auf Schriftsteller) sind Beispiele extremer Regelverletzungen, die nicht nur die politische Umgangsform belasten, sondern das gesellschaftliche Klima insgesamt beeinflussen: Sprachliche

Polarisierung als negative Steigerungsform des oppositiven Diskurses. Für die Strategien sprachlicher Ausgrenzung und Stigmatisierung zur Vorbereitung politischer Entrechtung und physischer Vernichtung von Einzelnen und Gruppen lassen sich bis heute eine Vielzahl von Beispielen anführen. Den Kontrast zwischen demagogisch-militaristischem Sprachgebrauch einerseits und demokratischem Pathos andererseits zeigen z.B. die aggressiv-suggestive rhetorische Frage Goebbels "Wollt Ihr den totalen Krieg?" und die Klimax "blood, tears and sweat" von Churchill im Sprechakt der Ankündigung des Leidens, ein Kontrast, der in den machtaffirmierenden Texten des <Völkischen Beobachters> einerseits und in den kritisch-humanistischen Flugblättern der Geschwister Scholl andererseits ebenso zum Ausdruck kommt.

Die Befolgung von sozialen Regeln des Anstandes, die Dialogbereitschaft und der Respekt vor Andersdenkenden sind auch Leitgrößen für die demokratische Streitkultur, die kontroverse Debatte und die Präsentation alternativer Standpunkte. Als Rede- und Diskurspostulate formulieren sie kommunikative Spielregeln. Welche Stilmittel ein Redner bevorzugt, um die beabsichtigte Wirkung zu erzielen, hat Einfluß darauf, wie er beurteilt und einem bestimmten Rednertyp zugeordnet wird: Da ist der gefühlsbetont-pathetische Redner, der ironisch-witzige, der traurig-ängstliche oder hoffnungsvoll-optimistische, der kauzig-kantige oder zögernd-unentschlossene und der auftrumpfend-freche oder der selbstbewußt-siegessichere, wie etwa Oskar Lafontaine, der in einem persönlichen Bezug von sich behauptete: "Ich bin der einzige deutsche Spitzenpolitiker, dessen Prognosen von der Realität nicht widerlegt werden." - ein klassischer Fall von Selbstdarstellung und Imagepflege. Unübertroffen bleibt jedoch Medienstar Silvio Berlusconi in einer biblisch dimensionierten Selbstüberhöhung: "Ich bin der Jesus Christus der Politik, leidend, ich nehme

alles auf mich, ich opfere mich für jeden." Dies sind Politikerprofile, die sich aus den jeweiligen Redegewohnheiten und Sprecherhaltungen herausdestillieren und rhetorisch-stilistisch differenzieren lassen. Grundlegend sind dabei die Wirkungskategorien des docere, movere und delectare – das Belehrende, Bewegende und Unterhaltende.

4. Argumentation und sprachliche Merkmale

Die Parteilichkeit des Standpunktes und die Umstrittenheit der Lösungswege bringen einen weiteren zentralen Aspekt der politischen Rede ins Spiel: die Angabe von Gründen für die jeweilige Position. Die Griechen nannten es **pístis**, die Römer **argumentatio**, wir sprechen von Beweisführung oder *Argumentation.* Es handelt sich um das Zentrum jeder politischen Rede. Die Auswahl der sprachlichen Mittel folgt hier den Notwendigkeiten der Begründung. Mit dem lateinischen Begriff **persuasio** wird ihr Ziel angegeben: im Deutschen kann dies als *Überzeugung* oder *Überredung* wiedergegeben werden. *Überzeugung* ist dabei die positiv bewertete rednerische Absicht. Sie bezeichnet die Kraft des besseren Argumentes. Die Techniken der rhetorischen Argumentation sind klassisch: syllogistisch-deduktive Ableitung aus dem Allgemeinen für den spezifischen Fall sowie paradigmatisch-induktive Formen des Schlusses vom Einzelbeispiel auf generell gültige Normen oder Werte. <Wenn-dann>- oder <Weil-deshalb>-Konstruktionen signalisieren Ursachen- und Folgenanalyse. Der Begriff *Überredung* signalisiert dagegen die negativen Folgen von Verführung, Manipulation und Täuschung durch listiges und trickreiches Jonglieren mit den Techniken der Sprache. Eine Sammlung rhetorischer Finessen, Taktiken und Strategien, die Redner bei der sprachlichen Verführungskunst anwenden, hat der englische Parlamentarier William Hamilton vor etwa 200 Jahren aufgezeichnet in

seinem Buch: "Parliamentary logick and rhetoric" - Parlamentarische Logik und Rhetorik. Das Buch trägt den Untertitel: "Über den Glanz der Rede und die Schäbigkeit der Beweise." Sophismen und Techniken der sprachlichen Vorteilsnahme lassen sich auch nachlesen in Schopenhauers <Eristik> sowie in den Typologien der ad-personam-Argumente. Dies ist sicherlich nicht die Form der politischen Beredsamkeit, die Cicero moralisch gefordert hat und die zum Erwartungshorizont einer räsonnierenden Öffentlichkeit gehört.

Untersucht man die Argumentation von Politikern, so stehen vier Typen von Beweisführung im Vordergrund:

1. Argumente der **Ursache**, die nach dem Warum und Woher von gesellschaftlichen Problemen fragen, die KAUSATION,
2. Argumente der **Folge**, die die Konsequenzen von politischen Handlungsweisen prüfen, die KONSEKUTION,
3. Argumente des **Weltbildes**, die aus der parteilichen Ideologie geschöpft werden, die FUNDATION und
4. Argumente des **Gemeinwohls**, die auf gesamtgesellschaftlich akzeptierte Werte verweisen, die MOTIVATION.

Daneben finden sich Argumente, die mit Sachzwängen, naturgesetzlichen Notwendigkeiten oder fachwissenschaftlichen Erkenntnissen und Expertisen operieren.

Die Formen des Begründens sind eingebaut in verschiedene sprachliche Register: Zu nennen wären

a) die **Verhandlungs- und Werbesprache** in der parlamentarischen Diskussion oder auf der Wahlveranstaltung, wie z.B. "Die CDU hat die besten Lösungen" oder "Deutschlands Zukunft heißt SPD",

b) die **Ideologiesprache**, in der die parteiliche Weltsicht zum Ausdruck kommt, wozu Begriffe wie "Freie Marktwirtschaft, ökologische Verantwortung, Demokratisierung, Klassenkampf oder soziale Verpflichtung" zählen,

c) die **Institutionensprache**, die zu den administrativen Einrichtungen gehört und durch Termini wie "Fraktionssprecher, Abstimmung, Legislaturperiode, Bericht zur Lage der Nation, Länderfinanzausgleich" geprägt ist und schließlich

d) die **Fachsprache**, die im jeweiligen politischen Sachgebiet oder in der Politikwissenschaft verwendet wird und zu welcher Lexeme wie "Bruttosozialprodukt, Staatstheorie, mittelfristige Finanzplanung oder Zahlungsbilanzdefizit zählen.

Versatzstücke aus diesen Sprachformen fließen in die Überzeugungstechniken der politischen Rede ein und weisen den Sprecher als besonders kenntnisreich, sachlich informiert und kompetent oder aber, im negativen Fall, als unwissend, schlecht unterrichtet oder überfordert aus, wenn er auf gezielte Problemfragen nur ausweichend oder mit leeren Phrasen und Sprachhülsen Auskunft geben kann. Zugleich machen diese sprachlichen Besonderheiten die Politikerrede oft schwer verstehbar und sehr abstrakt. Hier muß an die Tugend der klaren und regelkonformen Sprache erinnert werden, die von den klassisch-rhetorischen Regeln der Latinitas und perspicuitas gefordert werden. In Zeiten des Expertentums und der Sachzwangargumentation kann in diesem Rahmen eine weitere Forderung erhoben werden: Politiker befinden sich auch in einer Mittlerposition zwischen Fachmann und Laie. Sie sollten deshalb komplexe und fachspezifische Lösungsvorschläge nachvollziehbar und als transparente politische Entscheidungsgrundlage kommunizieren.

Die Beobachtung politischen Argumentierens zeigt auch, daß beweisführende Rede nicht immer sachlich und rein fachorientiert vorgetragen wird. Vielmehr handelt es sich immer um eine besondere Mischung aus verstandes- und gefühlsmäßigen Sprachbestandteilen. Volksvertreter zielen immer auf Kopf und Herz, auf Vernunft und Affekt zugleich. Der ganze Mensch soll gewonnen werden. Wenn beispielsweise Norbert Blüm den Satz formuliert, daß die "Renten nach Maßgabe versicherungsrechtlicher und haushaltstechnischer Vorgaben linear an das Wachstum der Arbeitnehmereinkommen angepaßt werden" und er dies mit den gefüllten Kassen der Rentenanstalten legitimiert, dann ist dies zunächst eine rein vernunftorientierte Sachdarstellung. Wenn er diesen Satz aber dialektgefärbt und mit entsprechender Gestik und Mimik durch die Worte einleitet: "Ich habe allen Rentnern eine frohe Botschaft zu verkündigen", dann kommt das Gefühlsmoment in einer biblisch-kerygmatischen Formel zum Ausdruck.

In der Analyse der Beweisführung stellt sich auch die Frage nach den semantischen Gegenpolen von Wahrheit und Lüge und nach dem Zusammenhang von Wissen und Macht, d.h. nach der Kontrolle von Informationsprozessen. Die Beziehung zwischen **res** und **verba**, Wort und Sache zeigt sich entweder als vorbehaltlose Darstellung von Fakten oder als Beschönigung, Verschleierung, Zurückhalten informativer Einheiten, Verweigerung von Auskunft, Irreführung oder Unwahrheit. Die rhetorisch-ethische Dimension von Motiv und Textbedeutung ist dabei das sprachliche Pendant zur handlungspraktischen staatsmännischen Ethik.

Daß Parteien mit positiv oder negativ besetzten Begriffen arbeiten, je nachdem ob sie sich selbst aufwerten oder den parteilichen Gegner abwerten wollen, gehört

zur durchgängigen Erscheinung des politischen Sprachgebrauchs. In den Grenzen des sprachlichen Anstandes ist dies ein Element der inhaltlichen Kontroverse um Handlungsalternativen und Lösungsmodelle. Sprachtaktische Überlegungen von Wulf Schönbohm, ehemaliger Leiter der CDU-Planungsabteilung, zeigen die politisch-praktische Dimension solcher lexikalischen Selektionen und Oppositionen: In einem Strategiepapier zum politischen Meinungsstreit stellt er Beispiele von CDU und SPD gegenüber, die parteiliche Positionen sprachlich konturieren: Attestiert die CDU der SPD beispielsweise "Rentenlüge, Antiamerikanismus oder Technikfeindlichkeit" so unterstellt die SPD der CDU "Raketenpolitik, Friedensgefährdung oder Politik der neuen Armut". Dies sind Schlagwörter, die auf die Schwachstellen des jeweiligen Gegners zielen und auf die sich, so Schönbohm, die Betroffenen Gegenstrategien einfallen lassen müssen. Dies ist der alltägliche Parteienstreit, mit sachlichen und gefühlsbetonten Mitteln geführt und als solcher durchaus angebracht im Rahmen einer öffentlichen politischen Diskussion. Deutlich wird hier auch, daß man in der rhetorischen Analyse von politischer Argumentation nicht nur von Beweistypen oder Folgerungsmodellen ausgehen kann, sondern auch argumentative Stile feststellen muß, die aus Wortwahl und Sprecherintention resultieren.

In der Debatte um den richtigen politischen Weg werden außerdem eine Reihe sprachlicher Figuren und rhetorischer Strategien verwendet, von denen einige exemplarisch dargestellt seien: Eine dieser Figuren ist die ständige **Wiederholung** von Begriffen oder Aussagen. So wird die CDU häufig als die Partei genannt, die nur Arbeitnehmerinteressen vertritt, während man umgekehrt der SPD finanzpolitische Unkenntnis zuschreibt. Es ist dabei unerheblich, daß auch die CDU sozialstaatliche Maßnahmen ergreift und daß die SPD keinesfalls die Marktwirtschaft in Frage stellt. Die Funktion der Wiederholung ist vielmehr,

komplizierte Sachverhalte zu vereinfachen und auf einen einprägsamen Begriff zu bringen. Die Wiederholung soll sich als Tatsache festsetzen und als Schema oder Schablone mitgedacht werden, sobald der Name einer Partei fällt. Sie ist ein beliebig einsetzbares Etikett, wenn es um Gegnerdarstellung geht. Unablässig wiederholt werden natürlich auch positiv besetzte Begriffe aus dem argumentativen Feld des Gemeinwohls: Die SPD beispielsweise beansprucht das Prädikat der "sozialen Gerechtigkeit", während die CDU vom "Wirtschaftswachstum" spricht, das ihre Politiker maßgeblich ermöglichen. Wiederholungen dienen der Etablierung von Vorurteilen und der verkürzten Präsentation von ideologischen Interpretationshorizonten. Allerdings transportieren solche Wiederholungen auch ein Quantum politischer Handlungswirklichkeit, sonst würden sie nicht auf Dauer funktionieren und müßten ausgetauscht werden. So zeigen die genannten Beispiele sicherlich, daß zwischen CDU und SPD unterschiedliche Ansichten herrschen über die Verteilung der begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen. Von diesem semantischen Kern abgesehen, dient diese repetitio affirmativen oder kritischen Intentionen.

Als nächstes sei auf die sogenannten **Schlag- oder Schlüsselwörter** hingewiesen. Parteifreunde, die die Kunst der Rede nicht beherrschen, unterstützte beispielsweise eine Arbeitsgruppe der amerikanischen Republikaner mit einigen prägnanten Wortbildungen für den bevorstehenden Wahlkampf. Wenn es um die eigene Person gehe, so empfahlen die Sprachstrategen den Kandidaten, sollten sie möglichst häufig Schlagworte wie "allgemeine Übereinstimmung", "Kinder" und "Reform" verwenden. Beim Entwurf eines Programms helfe folgendes Vokabular: "Flagge", Wachstum", "harte Arbeit" und "Zähigkeit". Geeignete Formulierungen zur Abwertung des politischen Gegners seien dagegen: "Krank", "permissiv" oder "Verräter", die nach Belieben ergänzt werden können durch

"Verschwendung", "Korruption" und "Verfall".

Dies zeigt, daß in den Parteizentralen auch die Sprache geplant wird, daß man sich zum sprachlichen Wettstreit mit Hilfe von Werbestrategen gezielt rüstet und daß Politik oftmals als Ware sprachlich verkauft wird. Allerdings haben griffige politische Formulierungen auch positive Seiten, wie Heiner Geißler bemerkt: "Eine gute politische Sache ist ohne entsprechenden Begriff häufig zum Scheitern verurteilt und nicht durchsetzbar." Allerdings: "Auch eine gute Wortprägung ohne politischen Inhalt oder mit falschen Akzenten hat nur begrenzte Chancen, eine positive Wirkung zu erzielen." Sprache muß also politische Realität abbilden, wenn Reden auf Dauer Erfolg zeitigen sollen.

Wichtig in der politischen Sprache ist auch der **Slogan** oder die **Parole**, die vor allem in Wahlkampfzeiten eine zentrale Rolle spielen. Erinnert sei hier an den CDU-Spruch: "Freiheit statt Sozialismus". An dieser Wortfolge lassen sich verschiedene Merkmale des politischen Sprachgebrauchs verdeutlichen:

- Sie ist eine beliebig oft wiederholbare, eingängige Formel,
- sie reduziert komplexe Sachverhalte auf einen einfachen Kontrast,
- sie ist eine abgrenzende, Gegnerschaft markierende Schwarz-Weiß-Malerei nach der Freund-Feind-Schematik und
- sie besitzt einen gefühlsbetonten semantischen Kern - ihr konnotatives Potential -, indem sie positive Werte und bedrohliche Perspektiven gegenüberstellt.

Auf die Handlungsnotwendigkeiten der 90er Jahre weist ein Satz von Helmut Schmidt hin, der in einer begrifflichen Konjunktion das für ihn politisch Gebotene zusammenfaßt: "Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität gehören zusammen." Dies richtet sich gegen den Sozialismus und Kapitalismus zugleich. Es ist eine Trias von gesellschaftlichen Werten, die als programmatische Leitlinien für das

politische Tagesgeschäft angesehen werden können.

Häufig benutzt werden im politischen Diskurs auch **Euphemismen**, positive Umschreibungen von eigentlich negativen Sachverhalten. Wenn die ökonomische Produktivität absinkt, dann wären die Begriffe Rezession, Stagnation oder Rückgang sachangemessene Ausdrücke. Dagegen bevorzugen Regierungspolitiker unsinnige Wörter wie „Null-Wachstum" oder „Schwarze Null“. Solche Neologismen sind eine contradictio in adiecto, verschleiern die realen Verhältnisse und versuchen, trotz gegenteiliger Lage, am positiven Wert des Begriffs Wachstum teilzuhaben. Mit solchen Vokabeln lassen sich negative Konnotationen ausblenden und faktische Verhältnisse verschleiern. Dies gilt ebenso für militärische Operationen, die als "Friedensmission" gekennzeichnet werden.

Als weiteres Mittel der politischen Sprache dienen **Hochwertwörter**, mit denen man Programme durch hochkondensierte Symbole glaubhaft machen und Imagepflege betreiben kann. Zur Zeit sind dies z.B. Begriffe wie Wertegemeinschaft, Europäische Zivilisation, Rechtsstaatlichkeit, Staatliche Souveränität, Kultur, Bildung oder Innovation". Diese Wörter dürfen in keiner politischen Rede fehlen. Sie sind Topoi des politischen Argumentierens. Die CDU formulierte auf breiter, flächendeckender Wandbemalung anaphorisch ein "Ja zu Deutschland, Ja zur Zukunft", die SPD proklamierte ihr Eintreten "Für ein neues Deutschland", während die FDP "Erfolg für Deutschland" versprach. Eine Variante findet sich im Wahlkampf von Baden-Württemberg im Jahr 2006: Parteiübergreifend wird Bildung und Erziehung thematisiert: Die CDU propagiert das *Kinderland*, die SPD präferiert das *Bildungsland* und die FDP strebt ein *Kluges Baden-Württemberg* an. Verschiedenheit der Parteien - Gleichheit des Vokabulars und immer noch oder wieder in den aktuellen parteilichen

Wahlprogrammen virulent. Dies bedeutet nicht etwa, daß alle Politiker der Idee des Konsenses folgen und einer Meinung sind. Vielmehr zeigt diese begriffliche Überschneidung, daß die Parteien versuchen, solche affektgeladenen Hochwertwörter für ihre Position zu reklamieren und Begriffe zu besetzen. Dies ist ein semantischer Streit, d.h. ein Kampf um wichtige parteisprachliche Zeichen. Damit sollen Wähler gewonnen und der Partei Profil verliehen werden. Was aber Begriffe wie Bildung, Zivilisation oder Europa für CDU, SPD und FDP wirklich bedeuten, das wäre erst durch kompliziertes Nachfragen und Prüfen herauszufinden – eine zentrale Aufgabe für den mündigen Staatsbürger. Die Verortung im semantischen Netz des jeweiligen ideologiesprachlichen Zeichensystems ist dabei eine wichtige linguistische Operation.

Dies gilt auch und insbesondere für aktuelle politisch aufgeladene und semantisch unscharfe Vokabeln oder Neologismen wie *Populismus, Postfaktizität, Asylantenfrage, Respekt, Kultur, Industrie 4.0 oder Beste Bildung für Deutschland.* Zu fragen wäre, ob es sich hier um Sachbegriffe, Kampfbegriffe bzw. Ideologiebegriffe handelt oder ob dies ein parteisprachliches Zeicheninventar zur Steuerung und Beeinflussung massenmedialer und gesellschaftlicher Diskurse ist.

Schließlich sei noch die **Metapher**, die Technik der bildlichen Sprache hervorgehoben: "Wir sind die Partei des aufrechten Ganges" sagte Lafontaine auf dem SPD-Parteitag im September 1990 und knüpft damit an den emanzipatorischen Sprachgebrauch der deutschen Aufklärung im 18.Jh. an. Der Begriff vom "aufrechten Gang" ist seither ein sprachliches Signal für den mündigen und selbstbewußten Bürger, der die Untertanenmentalität abgestreift und sich aus der Fürsten- und Theologenherrschaft befreit hat. Die Selbstbestimmung und das Einflußrecht des Bürgers werden so als Wert

hervorgehoben und als Zielgröße der SPD apostrophiert. Diese soziomorphe Bildlichkeit, die das erhobene Haupt des Freien mit der gebückten Haltung des Knechtes vergleicht, muß in Oppositionen eingebracht werden, denn: Wenn jemand nicht der SPD folgt, dann entscheidet er sich nicht für den aufrechten Gang, sondern verbleibt in der gebückten Haltung des Beherrschten. Bekannt sind auch bildliche Redeweisen, die die Geschichte und Wirtschaftslage der Bundesrepublik begleitet haben. "Ärmel aufkrempeln, aufbau'n" war die Losung in den fünfziger Jahren, als die Bürger zum handfesten Tun aufgerufen werden sollten - ein Appell an Gemeinschaftssinn und Tatkraft. Die Parole "den Gürtel enger schnallen" setzte Ludwig Erhard in der ersten Rezessionsphase der sechziger Jahre auf die Tagesordnung und "unter den Talaren, der Muff von tausend Jahren" skandierten die Studenten zur Zeit der Hochschulreform in den siebziger Jahren, während die achtziger Jahre unter dem CDU-Begriff von der "politischen Wende" behandelt wurden. Wende heißt hier Umkehr, Besinnung, Neuanfang und neue Formierung des Sprachgebrauchs. Auch dieser Begriff muß erst inhaltlich und parteilich gefüllt werden, ehe die politisch-praktische Bedeutung hinreichend dekodiert werden kann, denn der Gebrauch sprachlicher Bilder illustriert politische Grunderfahrungen, gesellschaftliche Topik und Tradition, parteiliche Weltsicht und komplexe Sachverhalte.

Eine weitere Wirkungsfunktion der Rede gilt es hier anzusprechen, die neben dem docere und movere steht, nämlich die Wirkung des delectare, des Lachens und der Ironie, des Witzes und der Unterhaltung.

Exempel aus den Reden von Steinbrück, dem Metaphernkönig des Bundestages, mögen dies illustrieren:

a) Zur Regierung:

„Sie stellt schöne, aber leere Schachteln ins Schaufenster“

„Sie zündet wahllos und folgenlos Feuerwerkskörper“

b) Zur Finanzkrise:

„An den internationalen Finanzmärkten hat es gebrannt und wir müssen löschen“

„Ich werde die Kavallerie in Richtung Schweiz schicken“

„Die großen Banken sind die Bärenführer, die die Politiker wie am Nasenring durch die Manege ziehen“

Ergänzend kann auch ein Blick auf die metaphorisch geprägte und gravierend negativierende Dimension von Herabsetzung und Beleidigung geworfen werden – nachzulesen z.B. in einer Sammlung mit dem Titel: „Schimpfbuch des Bundestages“ von 2009: Darin finden sich u.a. Bezeichnungen von A – Z wie Amokläufer, Bauernkiller, Beamtenkuh, Frankenstein, Karnickel, Mini-Goebbels, Putzlumpen, Wrack oder Zuhälter.

5. Kritik des politischen Sprachgebrauchs

Die genannten Eigenschaften und Funktionen sind primäres Ziel der **Kritik** am politischen Sprachgebrauch, die auch auf den Redner selbst und seine Handlungsweise ausgreift. Der öffentlichen Prüfung unterziehen muß sich

1. die ethische Dimension von Sprechen und Handeln, welche die Lebensform und *Integrität* der Politiker thematisiert. Charakter, Intentionen und Motive werden dabei nach Qualitäten wie ehrenhaft oder bestechlich, aufrichtig oder lügenhaft untersucht und bewertet. Dies führt

2. zur Frage nach *Glaubwürdigkeit* von Politikeräußerungen sowohl hinsichtlich der parteilichen Interessen als auch der staatsbürgerlichen Vorbildfunktion. Gemeint sind damit Wahrhaftigkeit und Faktentreue in den Referenzen der Äußerung sowie Plausibilität und Begründbarkeit parteilicher Geltungsansprüche. Verwiesen ist damit

3. auf die Kritik an euphemistischen oder abwertenden Sprachstilen, an fehlender argumentativer Absicherung von Behauptungen oder Urteilen sowie an öffentlich nicht dargestellten oder nicht zugänglichen Entscheidungsprozessen und an fehlender Dialogbereitschaft. In diese Richtung zielt

4. auch die Kritik an der fach-, ideologie- und institutionensprachlich bedingten Unverständlichkeit von politischen Äußerungen und Statements einerseits und am formalhaften, inhaltsleeren und oft am Kanzleistil orientierten Sprachgebrauch politischer Repräsentanten andererseits. Mängel und Fehler in der sprachlichen Ausdrucksseite sind dabei

5. auch mitbedingt durch die Regeln der massenmedialen Politikvermittlung, d.h. der indirekten Kommunikation. Die Kritik zielt hier auf eine rein symbolische, im negativen Sinne Surrogate anbietende Politik, die nur noch verkürzende Zielperspektiven entwickelt im

- Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit,
- im Druck auf mediale Berichterstattung,
- im Aufbau eines eigenen Kommunikationsmarktes und
- im semantischen Einfluß auf gesellschaftliche Kommuniktionsprozesse.

Folgt man aktuellen Analysen, dann ist Politik heute technologisches Management, massenwirksame Werbekampagne und strategische Bewußtseins-bildung. "Ein Politiker muß ein Markenartikel sein." Mit diesem Satz antwortet ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums im Jahre 2006 auf die Frage, warum Peer Steinbrück einen PR-Berater engagieren will (vgl. Die Zeit vom 23.2.2006, S. 2). Die Dekadenz moderner Politikdarstellung wird so mit dem Gestus des Fachmannes einer medial deformierten Öffentlichkeit schmackhaft gemacht – man kann sich natürlich auch für einen anderen PR-getunten Markenartikel entscheiden.

Das Motto: "Kalkulierend reden und wirkungsbewußt auftreten", bedeutet unter anderem:

- Fakten und Sprechweisen gezielt auszuwählen,
- Themen und Begriffe rechtzeitig zu besetzen,
- Kompetenz zu demonstrieren,
- Schlagzeilen zu produzieren und permanente Medienpräsenz anzustreben.

Die Kurzformel des politischen Marketings lautet: "Machtprämie durch Medienpräsenz." Dies bedeutet jedoch, daß sprachliche Vermittlung von Politik an einen medialen Zeittakt gebunden ist, was die Differenziertheit der Sachdarstellung reduziert, und daß die TV-Rhetorik zu einer Dominanz der Image-Arbeit, also der Selbstdarstellung führt. Diese Kritik gilt nicht nur dem Wandel von Kommunikationsprozessen, sondern auch den entsprechenden neuen Textsorten wie Interview, Wahlspot, Talk-Show oder öffentliche Befragung mit festgelegten inhaltlichen Mustern. Das genus demonstrativum dominiert über die deliberative Gestaltung des Politischen. Der historische Topos vom Verfall der Beredsamkeit zeigt sich hier als Verfall der bürgerlichen Öffentlichkeit, als Verlust des räsonnierenden Publikums. Die medial vermittelte politische Präsentationsrhetorik auf der Basis psychologisch fundierter Persuasions-forschung entspricht auch dem modernen Funktionswandel des Parlaments: Vom Ort der Beratung ist es zum Ort des Statements, zum Ort der Lobby und der Ausschüsse geworden. Das Verhältnis zwischen nicht-öffentlicher Ausschuß-arbeit und öffentlich begleiteter Plenararbeit lautet 8:1. Kritisiert wird dieser Funktionswandel parlamentarischer Debatte als sozialtechnologische Instrumentalisierung zur Herstellung von Massenloyalität: vulgo als "Rede aus dem Fenster." Dieser Diagnose dienen idealtypische Modelle wie die antike Polisdemokratie oder das konsensuelle Diskurskonzept der Moderne als

Orientierungsgrößen, die der unzulänglichen Realität kontrafaktisch abgewonnen werden. Allerdings bedeutet dieser Funktions- und Gestaltwandel von politischer Kommunikation und klassischer Institution nicht das Ende der Öffentlichkeit und der parteilichen Diskurse. Sie finden heute in deliberativer Qualität an neuen Orten statt, an denen sich unter massendemokratischen Bedingungen räsonnierende Öffentlichkeit vor- und außerparlamentarisch konstituiert. Will man heute politischen Sprachgebrauch rhetorisch analysieren, so genügt es nicht mehr, den parlamentarischen Sprachgebrauch als klassischen Fall oder die Politikerrede als konkretes Muster zu untersuchen. Vielmehr sind die Diskurse der Gewerkschafts- und Schriftstellerkongresse, der Kirchentage und Tribunale, der Diskussionsforen und Bürgerinitiativen als Kontext politischer Sprechereignisse zu betrachten. Der Funktionswandel und -verlust betrifft also nicht allein Parlamente, sondern auch Parteien, die als sedimentierte Organisationsform soziale und sprachliche Integrationskraft verlieren und innovative oder bewußtseinsbildende sprachliche Potenz an die <social movements> abtreten müssen. In diesen modernen Organisationsformen öffentlicher Meinungsbildung könnte sich angesichts bestehender Handlungsnotwendigkeiten und erschöpfter Konsensressourcen erneut eine rhetorische Kultur von Rede und Gegenrede, von kritischer Kontrolle politischer Entscheidungsprozesse und von sachzugewandten Begründungsformen entstehen. Diese Diagnose macht den dringlichen Bedarf an klassischen rhetorisch-politischen Richtwerten deutlich: an Ethik und Argumentation, Partizipation und Glaubwürdigkeit - sowohl in politisch-praktischer als auch in staatsbürgerlich-pädagogischer Hinsicht, denn - so schon der Grieche **Perikles** - "wer an der res publica keinen Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger."

6. Massenmedien und politische Rede

Daß Verfassung, Parlament und Parteien eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Demokratie sind, zeigt nicht nur die Forderung nach öffentlicher Kommunikation, nach direkter bürgerlicher Beteiligung an Entscheidungsdiskursen oder Kandidatenauswahlen, sondern bringt auch die Aufgabe der Politikvermittlung und -kommentierung, also **Presse** und andere Medien ins Spiel und damit die Tugenden und Laster der sogenannten 4. Gewalt.

Verantwortungsvoller Journalismus und räsonnierende Öffentlichkeit wirken produktiv zusammen - im besten Falle. Wenn es um öffentliche Meinungsbildung geht, dann entsteht ein Anspruch an die Mitwirkungs- und Informationsbereitschaft, an die diskursive Fähigkeit und kommunikative Kompetenz des Bürgers. Für die Medien gilt die Aufgabe, gesellschaftlich relevante Strömungen zu vertreten, eine umfassende Informations- und eine kritische Kontrollfunktion auszuüben, ausgewogen und dem Allgemeinwohl verpflichtet zu berichten.

Dem demokratischen Ziel der produktiven Kommunikation zwischen Politiker, Bürger und Journalist steht die Diagnose vom Niedergang der politischen Publizistik, von der Orientierungslosigkeit der Volksvertreter und vom konsumtive Desinteresse der Wähler als Negativum gegenüber. Hierher gehört auch das Stichwort von der *Amerikanisierung* des Wahlkampfes.

Als Ursachen für den Verfall politisch-demokratischer Öffentlichkeit werden im Hinblick auf die Massenmedien genannt:

- Die Dominanz des ökonomischen Interesses über die Pflicht zur objektiven Information,
- die sachfremde Quantifizierung der Botschaft nach medialen

Erfordernissen (Zeitmaß, Selektion, Textraum, Bildausschnitt) und

- die Tendenz zur parteilichen Hofberichterstattung.

Kritisch vermerkt werden darüber hinaus:

- Bildorientiertheit und symbolisch-rituelle Darstellungsformen vor allem in Fernsehen und Illustriertenpresse: Pseudo-Authentizität,
- Sensationslust und Skandalinteresse, Verlust an Differenzierung und Kontinuität,
- emotional-affektive Aufmacher und Textstile,
- sachliche Inkompetenz und unzulängliche Recherche,
- fehlende Ausgewogenheit,
- sprachlich-stilistisches Versagen, Trivialität der Botschaft und Unverständlichkeit der Fachsprache,
- die fehlende Trennung zwischen Nachricht und Kommentar,
- die Verwendung der Massenmedien als politisches Instrument zur Herstellung von Massenloyalität sowie
- die Fokussierung auf das Privatleben von Politikern.

Daraus resultiert eine affirmative Kombinationslogik, in der sich das Herrschafts-interesse von Politikern, das ökonomische Interesse der Medien und das symbolisch-konsumtive Interesse der Leser und Zuschauer gegenseitig verstärken - ein negativer Zirkelschluß, der auch die **Lokalberichterstattung** vor eine schwierige Aufgabe stellt: Will sie den Anspruch erfüllen, der betroffenen Öffentlichkeit eine ausgewogene informative Grundversorgung zu liefern, so werden angesichts der Themenbreite und Interessenstreuung v.a. die Kompetenzen der begründbaren Selektion und Gewichtung, der kritischen Recherche und Befragung, der Allgemeinbildung und Sachzugewandtheit eine zentrale Rolle spielen.

Die Presse vor Ort ist - so meine ich - auch ein Einstiegsmedium in staatsbürgerliche Schulung und Beteiligung, weil hier diskursive Öffentlichkeit und persönliche Erfahrung unmittelbar greifbar sind. In der Verantwortung lokaler Pressearbeit liegt damit die Entfaltung einer regionalen politischen und kommunikativen Kultur - als Rückbesinnung auf demokratische Basiswerte und als Gegenstück zur indifferenten oder affirmativen Kontur anderer Massenmedien.

Wenn es zutrifft, daß für ein anspruchsvolles und detailliertes Informationsniveau die Presse wichtiger ist als das Fernsehen, dann läßt sich - provokativ gesagt - ein Zerfall der postmodernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft diagnostizieren: Anspruchsvolle Texte und kompetentes politisches Handlungswissen für gesellschaftliche Eliten - oszillierende, desorientierende Bilderflut mit trivialen Textfragmenten für die Masse der Beherrschten. Wenn politische Botschaften schließlich als werbestrategisches Event konzipiert werden wie Westerwelles *Guidomobil*, Möllemanns *Fallschirmabsprung* oder Scharpings *Planschen* im mallorquinischen Pool, dann verschwimmen die Grenzen zwischen der gebotenen Ernsthaftigkeit des Politischen und der Lachkultur einer postmodernen Spaßgesellschaft.

7. Transformation und Inszenierung des Politischen

Solch kritische Diagnosen sind vor dem Hintergrund folgender Behauptungen zu lesen: Wir haben es zu tun mit einer *Transformation* des Politischen, mit einem *Ende der Politik*, mit der *Ersetzung* der Politik durch symbolische Akte, mit einer Politik, die nur noch als *Surrogat* funktioniert. Sie werden seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts von Autoren wie Schelsky, Lübbe, Habermas oder

Kopperschmidt diskutiert, wobei ich folgende Transformationsabschnitte im Raum des Politischen unterscheide:

- Ende deliberativer Politik: *Demokratie* (Politik I)
- Technologische Herstellung des Politischen: *Technokratie* (Politik II)
- Inszenierung und Symbolik des Politischen: *Mediokratie* (Politik III)

Wesentlich erscheint mir in diesem Zusammenhang auch, daß der politische Handlungsprozeß entpersonalisiert und als Sachzwang neutralisiert wird. Politische Entscheidungen können nicht mehr personal zugeordnet werden und politische Verantwortung verschwindet in sogenannten – oft höchst fragwürdigen – Expertisen und sozialtechnologischen Abläufen: eine ernüchternde Bestandsaufnahme, wenn man an den Idealtyp des demokratischen Diskurses denkt. Angesichts dieser Sachlage bleibt das Ziel, eine neue emanzipatorisch-aufgeklärte, kritische Nutzung der Medien zu ermöglichen und auf die Teilnahme an einer neu zu konstituierenden politischen Öffentlichkeit vorzubereiten, ein zentraler Aspekt der Agenda staatspolitisch-kommunikativer Bildung.

8. Idealtyp als gutes Regieren: Die Gemeinschaft und der Redner

Der Idealtyp des demokratischen Procedere wird seit der Antike reflektiert und wohl nur in Annäherungswerten vom Realtyp erreicht. Ein aktueller Begriff verweist auf den Idealtyp, der Begriff des „GUTEN REGIERENS“, der good governance oder bonne gouvernance. Er findet sich in den Titeln entsprechender politikwissenschaftlicher Publikationen z.B. von Rudolf Dolzer, Havoon Khan oder als Themenheft des Periodikums *Internationale Politik.* Doch als **Buon Governo** hat er eine Geschichte. Veranschaulichen mag dies eine Freskenreihe von Ambrogio Lorenzetti im Palazzo Pubblico von Siena: die *Allegoria del buon governo.* Lorenzettis Schlüsselwerk knüpft nach kunstgeschichtlichem Urteil auch

an ikonische und textuale Ideen von Homer (*Schildbeschreibung* in der Ilias), Hesiod, Cicero oder Augustinus an.

Freskenreihe von Ambrogio Lorenzetti (1338-39): Allegoria del Buon Governo (Sala dei Nove, Palazzo Pubblico, Siena)

Als Exempel für den **guten Redner** als Vir bonus dicendi peritus - ein ehrenhafter und in der Rede erfahrener Bürger - mag der sog. **Arringatore** gelten, dessen Skulptur bei Tuoro in der Nähe des Lago Trasimeno gefunden wurde und als Werk dem Aulus Metellus aus dem 1. Jh. v.Chr. zugeschrieben wird. Er befindet sich nun im Museo Archeologico in Florenz. Der Begriff *ars arrengandi*, die Redekunst, ist in seiner Bezeichnung präsent: Mimik, Gestik, Haltung und Kleidung zeigen einen selbstbewußten römischen Bürger. Die Ausführung dieser Statue erinnert an den großen griechischen Redner **Demosthenes.**

Arringatore **des Aulus Metellus, spätetruskisch, ca. 75 v. Chr., Florenz, Archeol. Museum**

Abgeschlossen seien dies Ausführungen mit einer Sentenz von *Walter Jens*, dem Begründer des Tübinger Rhetorik-Seminars, aus seinem Buch „Von deutscher Rede“: „Das Schicksal der Rhetorik ist untrennbar mit dem Schicksal der Demokratie verbunden. Die Rhetorik ist eine Tochter der Republik. Herrscht das Volk, so regiert die Rede, herrscht Despotismus, dann regiert der Trommelwirbel“.

Literaturhinweise:

1. Politische Rhetorik

- Alexiou: Rhetorik, Philosophie und Politik: Isokrates und die homolgoumene arete, in: Rhetorica 25,1 (2007) 1-14
- Arweiler, A.: Cicero rhetor. Die partitiones oratoriae und das Konzept des gelehrten Politikers (2003)
- Baumgärtner, U.: Reden als historische Quellen, in: Historisches Jahrbuch 122 (2002)
- Brown, P.: Macht und Rhetorik in der Spätantike (1995)
- Bubner, R.: Das sprachliche Medium der Politik, in: ders.: Antike Themen und ihre moderne Verwandlung (1992)
- Bußhoff, H.: Politische Argumentation (1997)
- Der Deutschunterricht, Heft 1 (2003): Sprache und Politik
- ders.: Politische Rhetorik oder rhetorische Politik, in: Plett, H. F. (Hg.): Die Aktualität der Rhetorik (1996) 21ff.
- Grieswelle, D.: Politische Rhetorik (2000)
- Kettemann, B. u.a. (Hg.): Sprache und Politik (1998)
- Kopperschmidt, J. (Hg.): Politik und Rhetorik (1995)
- Koselleck, R.: Begriffsgeschichten: Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache (2006)
- Liepold- Moser, B. (Hg.): Sprache der Politik, Politik der Sprache (1996)
- Ptassek, P. et al.: Macht und Meinung (1992)
- Ptassek, P.: Rhetorische Rationalität (1993)

- Schmidinger, H., Sedmak, C. (Hg.): Der Mensch – ein zoon politikon? (2006)
- Spillner, B. (Hg.): Sprache und Politik (1990)
- Zur klassischen Redegattung: Aristoteles, Rhetorik; Quintilian, Institutio

2. Rede und Polis

- Aristoteles: Der Staat der Athener / Athenaion politeia (1992)
- Beck, U.: Die Erfindung des Politischen (1993)
- Bernett, M. et al. (Hg.): Christian Meier zur Diskussion (2008)
- Bleicken, J.: Das römische Volkstribunat, in: Chiron 11 (1981) 87-108
- Blößner, N.: Dialogform und Argument. Studien zu Platons Politeia (1997)
- Bubner, R.: Polis und Staat (2002)
- Büchner, K.: Zur antiken Vorstellung vom Redner, in: ders.: Studien zur römischen Literatur, Bd. 9 (1978)
- Cartledge, P.: Eine Trilogie über die Demokratie (2008)
- Cicero, Quintus Tullius: Commentariolum petitionis (Bewerbung/Wahl), hg. u. übers. von G. Laser (2001)
- Conolly, J.: The State of Speech: Rhetoric and Political Thought in Ancient Rome (2007)
- David, Jean-Michel et al.: Le "Commentariolum Petitionis" de Quintus Cicéron. État de la question et étude prosopographique, in: Aufstieg und Niedergang der römischen Welt I, 3 (1973)
- Döbler, Chr.: Politsche Agitation und Öffentlichkeit in der späten Republik (1999)
- Drexler, H.: Politische Grundbegriffe der Römer (1998)
- Etzioni, A.: Die Entdeckung des Gemeinwesens (1995)
- Finley, M.I.: Antike und moderne Demokratie (1980)
- Flaig, E.: War die römische Volksversammlung ein Entscheidungsorgan?, in: R. Blänkner, Jussen, J. (Hg.): Institutionen und Ereignis (1998) 49-73
- Grieb, V.: Hellenistische Demokratie (2007)
- Hatscher, Chr.: Charisma und Res publica (2000)
- Hölkeskamp, Karl-Joachim: Oratoris maxima scaena: Reden vor dem Volk in der politischen Kultur, in: in: Jehne, Martin (Hg.), Demokratie in Rom? Die Rolle des Volkes in der Politik der römischen Republik (1995)

- Hölkeskamp, K.-J.: Rekonstruktion einer Republik. Die politische Kultur des antiken Rom (2004)
- Hölscher, T.: Öffentliche Räume in frühen griechischen Städten (1998)
- Horkheimer, M.: Egoismus und Freiheitsbewegung, in: ders.: Ges. Schriften, Bd. 4 (1988)
- Horn Chr.: Politischer Aristotelismus: Die Rezeption der aristotelischen Politik von der Antike bis zum 19. Jh. (2008)
- Jehne, M. (Hg.): Demokratie in Rom? (1995)
- Kagan, D.: Perikles. Die Geburt der Demokratie (1992)
- Kirner, G.O.: Polis und Gemeinwohl, in: Münkler, H., Bluhm, H. (Hg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn, Bd.1 (2001)
- Kuhn, H.: Aristoteles und die Methoden der Politischen Wissenschaft, in: R.H. Schmidt (Hg.): Methoden der Politologie (1967)
- Laser, G.: Klientelen und Wahlkampf im Spiegel des commentariolum petitionis, in: Göttinger Forum für Altertumswissenschaft 2 (1999) 179ff.
- Lotze, D.: Zur Funktion des Redners in der Polis-Demokratie, in: Philologus 135, 1 (1991) 116ff.
- Mann, Christian: Die Demagogen und das Volk. Zur politischen Kommunikation im Athen des 5. Jahrhunderts v. Chr. (2007) Reihentitel: Klio, Beihefte NF 13
- May, James M. (Hg.): Brill's Companion to Cicero: Oratory and Rhetoric (Leiden [u.a.] (2002)
- Mayer, H.: Rhetorik und Propaganda, in: F. Benseler (Hg.): FS zum 80. Geburtstag von G. Lukácz (1965)
- Meier, Chr.: Die Entstehung des Politischen bei den Griechen (1980)
- Meier, Chr.: Kultur um der Freiheit willen. Griechische Anfänge (2009)
- Miller, C. R.: The Polis as Rhetorical Community, in: Rhetorica XI/3 (1993) 211ff.
- Morstein-Marx, Robert: Mass Oratory and Political Power in the Late Roman Republic (Cambridge 2003)
- Müller, R.: Polis und Res publica (1987) 270ff., 293ff.
- Neumeister, Chr., Raeck, W. (Hg.): Rede und Redner. Bewertung und Darstellung in den antiken Kulturen (2000), darin: Hölkeskamp, Stein-Hölkeskamp, Scholz

- Nippel, W.: Antike oder moderne Freiheit? (2008)
- Piepenbrink, K.: Politische Ordnungskonzeptionen in der attischen Demokratie des 4. Jh. v. Chr. Eine vergleichende Unters. zum philos. und rhet. Diskurs (2001)
- Pina Polo, F.: Contra arma verbis. Der Redner vor dem Volk in der späten römischen Republik (1996)
- Raaflaub, K.: Des freien Bürgers Recht der freien Rede, in: Eck, W. et al. (Hg.): Studien zur antiken Sozialgeschichte, FS F. Vittinghoff (1980)
- Roisman, Joseph: The Rhetoric of Conspiracy in Classical Athens (Berkeley [u.a.] (2006)
- Rese, F.: Praxis und Logos bei Aristoteles: Ethik, Rhetorik Politik (2203)
- Sagou, I.-M.: Die Erziehung zum Bürger bei Aristoteles und Kant (2009)
- Saxonhouse, Arlene W.:Free Speech and Democracy in Ancient Athens (Cambridge (2006)
- Schepelmann, W.: Die Macht und das Wort (Antike Texte) (2006)
- Schleich, Th.: Rhetorischer Stilwandel und die Stiftung politischer Identität in der griechischen Polis, in: Gumbrecht, H.U. et al. (Hg.): Stil 1986)
- Schloemann, J.: Freie Rede: Rhetorik im demokratischen Athen (2001)
- Schütrumpf, E.: Die Analyse der Polis durch Aristoteles (1980)
- Schulten, H.: Die Sophistik. Eine Bedrohung für die Religion und Politik der Polis? (2003)
- Sluiter, Ineke, Rosen, Ralph M. (Hg.) Free Speech in Classical Antiquity (Leiden 2004) Reihentitel: Mnemosyne Suppl. 254
- Spahn, P.: Perikles – Charisma und Demokratie, in: Nippel,W. (Hg.): Virtuosen der Macht (2000)
- Stahl, M.: Solon. Die Geburtsstunde des demokratischen Gedankens bei den Griechen, in: Gymnasium 99 (1992)
- Stein-Hölkeskamp, Elke: Perikles, Kleon und Alkibiades als Redner: Eine zentrale Rolle der athenischen Demokratie im Wandel, in: Rede und Redner. Bewertung und Darstellung in den antiken Kulturen, hg. v. Ch. Neumeister und W. Raeck (2000)
- Strasburger, H.: Thukydides und die politische Selbstdarstellung der Athener, in: Hermes 86 (1958) 17ff.

- Tacon, Judith: Ecclesiastical thorubos: Interventions, interruptions, and popular involvement in the Athenian assembly, in: G reece & Rome 48 (2001)
- Töchterle, K.: Politische Symbolik bei antiken Akteuren, in: Schmidinger, H., Sedmak, C. (Hg.): Der Mensch – ein animal symbolicum? (2007)
- Treu, K.: Rede als Kommunikation: Der attische Redner und sein Publikum, in: Philologus 135 (1991) 124 ff.
- Walter, U.: An der Polis teilhaben (1993)
- Walter, U.: Bürgersein im Bürgerstaat - Politische Selbstorganisation als Erbe der Griechen an die Gegenwart, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik 22 (1994) 244ff.
- Walter, U.: Common sense und Rhetorik: Isokrates Verteidigung der politischen Kultur, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 47 (1996) 434 ff.
- Weber-Schäfer, P.: Aristoteles, in: Maier, H. et al. (Hg.): Klassiker des politischen Denkens (1968)
- Yakobson, Alexander: Elections and Electioneering in Rome. A study in the political system of the late republic (1999) Reihentitel: Historia, Einzelschr. 128
- Yunis, Harvey: How Do the People Decide? Thucydides on Periclean Rhetoric and Civic Instruction, in: American Journal of Philology 112 (1991)

3. <u>Parlamentarische Rede</u>

- Achterberg, N.: Die parlamentarische Verhandlung (1979)
- Baumann, M.: Die parlamentarische Sprache in der Ratsberichterstattung (2002)
- Becker, J.: Parlamentarismus und parlamentarische Rede, in: Die Mitarbeit 2/3 (1979) 216ff.
- Bernert, W.: Regulative des parlamentarischen Dialogs (1988)
- Burckhardt, A.: Das Parlament und seine Sprache (2003)
- Burkhardt, A. et al. (Hg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus - 150 Jahre parlamentarische Kommunikation (2000)
- Burkhardt, A.: Das Parlament und seine Sprache (2003)
- Dörner, A., Vogt, L. (Hg.): Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie (1995)

- Girnth, Heiko: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Einf. in die linguistische Analyse öffentlicher politischer Kommunikation (2002)
- Goldberg, H.-P.: Bismarck und seine Gegner: die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag (1998)
- Ismayr, W.: Parlamentarische Kommunikation und Abgeordnetenfreiheit (1982)
- Kalivoda, G.: Parlamentarische Rhetorik und Argumentation (1986)
- Klein, J.: Artikel "Parlamenstrede", in HWRh, Bd. 6 (2003)
- Lipphardt, H.-R.: Die kontingentierte Debatte: Parlamentsrechtliche Untersuchung zur Redeordnung des Bundestages (1976)
- Korte, K.-R.: "Das Wort hat der Herr Bundeskanzler" (Regierungserklärungen) (2002)
- Oehler, K.: Geschichte in der politischen Rhetorik. Historische Argumentationsmuster im Parlament der BRD (1989)
- Oertzen, J. von: Das Expertenparlament (2005)
- Patzelt, W.: Parlamente und ihre Macht (2005)
- Patzelt, W.: Parlamente und ihre Symbolik (2001)
- Sarcinelli, U.: Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente (1994)

4. Rhetorik des Wahlkampfes

- Altendorfer, O., Wiedemann, H., Meyer, H.: Der moderne Medienwahlkampf. Ein Handb. (2000)
- Althaus, M. (Hg.): Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying (2001)
- Althaus, M.: Wahlkampf als Beruf: die Professionalsierung der political consultants in den USA (1998)
- Balzer, A., Geilich, M., Shamim, R. (Hg.): Politik als Marke (Wahl) (2005)
- Berg, Th.: Moderner Wahlkampf: Blick hinter die Kulissen (2002)
- Bethscheider, M.: Wahlkampfführung und politische Weltbilder (1987)
- Bohrmann, H. et al. (Hg.): Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien (2000)
- Brugidou, M.: L`élection présidentielle, discours et enjeux politiques: une analyse comparée (1995)
- Chruszczewski, P.P.: American Presidential Discourse (2003).

- Dörner, A. / Vogt, L. (Hg.): Wahl-Kämpfe (Demokrat. Ritual) (2002)
- Falter, F. W., Th. Lindenberger, S. Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (1986).
- Gruner, P.-H.: Inszenierte Polarisierung, organisiertes Trugbild – sechs Thesen zur Sprache des Wahlkampfes, in: Opp de Hipt, Latniak a.a.O. (1991)
- Hetterich, V.: Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen (2000).
- Holtz-Bacha, Chr.: Massenmedien und Wahlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 15-16 (2002)
- Holtz-Bacha, Chr.: Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien (1998)
- Holzer, H.: Lincoln at Cooper Union. The Speech that made Abraham Lincoln President (2004).
- Hurm, G.: ´It´s time for a change in America`: Die Rhetorik Bill Clintons, in: P. Götsch, G. Hurm (Hg.): Die Rhetorik amerikanischer Präsidenten seit F. D. Roosevelt (1993) 362-375.
- Jakubowski, A.: Parteienkommunikation in Wahlwerbespots (1998)
- Jehne, M. (Hg.): Demokratie in Rom? Die Rolle des Volkes in der Politik der römischen Republik (1995)
- Kavanagh, D.: Constituency Electioneering in Britain (1970).
- Kremer, H.: Wahlwerbung der Grünen zur Bundestagswahl 2002, in: Germanistische Linguistik, 182-83 (2006)
- Langguth, G. (Hg.): Politik und Plakat. (1995).
- Laser, G.: Klientelen und Wahlkampf im Spiegel des commentariolum petitionis, in: Göttinger Forum für Altertumswissenschaft 2 (1999) 179ff.
- Machnig, M.: Politik-Medien-Wähler: Wahlkampf im Medienzeitalter (2002)
- Maurer, M., C. Reinemann, J. Maier, M. Maier: Schröder gegen Merkel. Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells 2005 im Ost-West-Vergleich (2007).
- Meisel, J.S.: Public Speech and the Culture of Public Life in the Age of Gladstone (2001)
- Millar, F.: Politics, persuasation and the plebs before the Social War. In. Journal of Roman Studies 76 (1986) 1-11.
- Noel-Aranda, M.-C.: Discours electoral télévisé. Analyse et recherche, in: Etudes de Radio-Télévision 38 (1988) 149-186.

- Noiret, S.: La campagna elettorale nell`Europa mediterranea (seculi XIX-XX) (2001).
- Panagl, O., Kriebaumer, R. (Hg.): Wahlkämpfe. Sprache und Politik (2002)
- Pozzi, E.: Farsi eleggere: la campagna elettorale nella Seconda Repubblica (1994)
- Schmitz, W.: Reiche und Gleiche. Timokratische Gliederung u. demokr. Gleichheit der athen. Bürger im 4. Jh. v. Chr. , in: W. Eder (Hg.): Die athenische Demokratie im 4. Jh. v. Chr. (1995) 573-601.
- Sieber, I.: Selbstdarstellung von politischen Akteuren in medialen Wahlkampfauftritten (2005).
- Toman-Banke, M.: Die Walslogans der Bundestagswahlen 1949-1994 (1996).
- Wachtel, M.: Die Dartellung von Vertrauenswürdigkeit in Wahlwerbespots (1988).
- Wolf, W.: Wahlkampf und Demokratie. (1985).